



Bern, 19. August 2009

Übersicht Atomausstieg Schweiz

A. Kantone

Baselland

Die Deklaration von Baselland gegen AKW-Strom in der Kantonsverfassung lautet: «Der Kanton wirkt darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet der in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe und Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden.» (§115, Abs. 2, Energieversorgung).

Kantonsverfassung: <http://www.baselland.ch/100-0-hm.273936.0.html>

Basel-Stadt

Basel-Stadt hat eine Deklaration gegen AKW-Strom in der Kantonsverfassung verankert: «Der Staat wendet sich gegen die Nutzung von Kernenergie und hält keine Beteiligungen an Kernkraftwerken.» (§ 31, Abs. 3)

Download Kantonsverfassung Basel-Stadt (PDF-File):

<http://www.bs.ch/vr-verfassungstext-gesetzessammlung-vorlage.pdf>

Zudem hat der Kanton Basel-Stadt am 30. Juni 2009 beim Generalsekretariat der Bundesversammlung die Standesinitiative «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz statt neue Atomkraftwerke» eingereicht. Diese verlangt vom Bund eine Verfassungsänderung:

«Vor Behandlung eines Rahmenbewilligungsgesuchs betreffend eines neuen AKW soll die Wirkung der Einspeisevergütungen und der Energieeffizienzbestimmungen gemäss Energiegesetz umfassend evaluiert werden. Zudem sollen weitere marktwirtschaftliche Instrumente evaluiert und eingeführt werden, die zu einer Verbesserung der Energieeffizienz beitragen. Der dann allenfalls noch bestehende Energiebedarf soll ausgeschrieben und aus erneuerbaren Energien auf dem europäischen Strommarkt beschaffen werden. Auf den Neubau von Atomkraftwerken soll verzichtet werden.»

Die Standesinitiative geht zurück auf ein Begehren einer Parlamentariergruppe um Christine Keller (SP/BS) und wurde sowohl vom Basler Grossen Rat als auch von der Regierung gutgeheissen.

Weitere Informationen: <http://www.grosserrat.bs.ch/suche/geschaeftedetails/?idurl=07.5091>

Bern

Der Kanton Bern sieht in seiner Energiestrategie 2006 vor, dass bis ins Jahr 2035 80% des im Kanton Bern benötigten Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen und im Kanton Bern benötigter Strom ohne Kernenergie produziert wird. Um die Versorgungssicherheit im Kanton Bern sicherzustellen, müssen die 2,9 Mio. MWh aus dem Kernkraftwerk Mühleberg, die 40% des benötigten Stroms ausmachen, bis zum Auslaufen der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg sichergestellt werden. Die Umsetzung der Energiestrategie stellt sicher, dass der Kanton Bern an einer echten Alternative zur Kernenergie arbeitet.

Weitere Informationen:

http://www.bve.be.ch/site/index/bve/bve_ueb_ueb/bve_ueb_ueb_au/bve_ueb_ueb_au_energie.htm

Download Energiestrategie 2006: http://www.bve.be.ch/...n/bve_ueb_ueb_energiestrategie_d.pdf



Die Grünen Kanton Bern haben am 15. April 2009 eine Volksinitiative lanciert, welche vorsieht, dass der gesamte Strombedarf und der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser von Gebäuden grundsätzlich durch erneuerbare Energien gedeckt werden soll. Zusätzlich soll sich der Kanton dafür einsetzen, dass durch sparsame, effiziente und rationelle Verwendung von Wasser und Energie der Energieverbrauch reduziert wird.

Mit der Initiative «Bern erneuerbar» bieten die Grünen Kanton Bern eine sinnvolle Alternative zum Gesuch für ein neues AKW und zeigen den Weg in eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Die Sammelfrist läuft bis am 17. September 2009.

Weitere Informationen: <http://www.gruenebern.ch/index.php?id=165>

Genf

Der Kanton Genf hat eine Deklaration gegen AKW-Strom in der Verfassung verankert. Artikel 160, Ziffer E, Absatz 5 besagt:

«Die kantonalen Behörden wenden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln gegen die Errichtung von Kernkraftwerken, von Lagerstätten für Abfälle von hoher und mittlerer Radioaktivität sowie gegen Wiederaufbereitungsanlagen auf dem Gebiet des Kantons und in seiner Nachbarschaft. Für Einrichtungen, die diesen Standortbedingungen nicht entsprechen, wird die Stellungnahme des Kantons durch den Grossen Rat in Form eines Gesetzes verabschiedet.»

Kantonsverfassung einsehen: http://www.admin.ch/ch/d/sr/131_234/a160tt.html

Die kurzfristigen Ziele bis 2010 des Kantons Genf sind: Reduktion des fossilen Energieverbrauchs um 2000 Watt pro Einwohner (-6,25% gegenüber 2005); Zunahme des Anteils erneuerbarer Energien um 100 Watt pro Einwohner (+11 % gegenüber 2005); Aufrechterhaltung einer Elektrizitätsversorgung ohne Strom aus Kernenergie.

In der neuen Energie-Gesamtkonzeption wird als langfristiges Ziel die 2000-Watt-Gesellschaft ohne Kernenergie angestrebt.

Jura

Am 29. April 2009 hat eine Parlamentariergruppe um Erica Hennequin (Grüne) die Motion «Nucléaire non merci!» eingereicht. Die Motion N°919 fordert die Regierung auf, aktiv den Anteil Atomstrom im Kanton Jura zu senken und diesen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode durch erneuerbare Energiequellen zu ersetzen. Die Regierung soll ebenso auf nationaler und internationaler Ebene die Schliessung der AKW Mühleberg und Fessenheim verlangen.

Weitere Informationen:

<http://www.jura.ch/portal/site/acju/menueitem.b5a97bd93a2ffb648e556871d6a16f1c/?vgnnextoid=0e4b9ac51493f010VgnVCM1000006d1af6c1RCRD>

Neuenburg

Am 25. April 2006 hat eine Parlamentariergruppe um Carol Gehringer (Grüne) das Postulat «Sortir le canton de Neuchâtel du nucléaire» eingereicht. Im Postulat wird die Regierung aufgefordert, die Frage zu klären, wie innerhalb der nächsten zehn Jahre der Anteil Atomstrom gesenkt und durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Der Anteil Atomstrom im Kanton Neuenburg betrug im Jahr 2006 17 Prozent. Das Postulat wurde am 30. Januar 2007 vom grossen Rat angenommen. Nun ist die Regierung am Zug.



Weitere Informationen:

<http://www.ne.ch>

<http://www.ne.ch/neat/site/jsp/rubrique/rubrique.jsp?StyleType=bleu&CatId=1181>

Nidwalden

Die SP Nidwalden lanciert im Sommer 2009 eine Volksinitiative für den Ausstieg aus der Atomenergie. Mit ihrer Initiative will die SP, dass sich das Elektrizitätswerk Nidwalden (EWN) in den nächsten 30 Jahren von der Atomkraft verabschiedet und auf den Ankauf weiterer Beteiligungen an Atomkraftwerken verzichtet. Der Kanton soll zudem eine neue Eignerstrategie für das EWN entwickeln.

Weitere Informationen:

<http://www.spnw.ch>

<http://www.blick.ch/news/sda?newsid=20090609brd043>

Obwalden

Der Obwaldner Kantonsrat hat am 29. April 2009 das Energiekonzept 2009, welches ein Massnahmenpaket zur Realisierung der 2'000-Watt-Gesellschaft beinhaltet, einstimmig angenommen. Zudem hat der Grosse Rat einen Antrag der SP-Fraktion überwiesen, laut dem der Kanton gemeinsam mit dem Elektrizitätswerk Obwalden das Ziel verfolgen soll, dereinst ganz ohne Atomstrom auszukommen.

Weitere Informationen:

http://www.zisch.ch/navigation/top_main_nav/nachrichten/zentralschweiz/obwalden/detail.htm?client_request_className=NewsItem&client_request_contentOID=313710

<http://www.ow.ch/de/>

Schaffhausen

Am 18. Mai 2009 hat der Schaffhauser Kantonsrat die Motion «Ausstieg aus der Atomenergie» von Thomas Wetter (SP) in ein Postulat umgewandelt und mit 36:17 Stimmen an die Regierung überwiesen. Das Begehren verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2040. Die Grundversorgung soll durch erneuerbare Energien sichergestellt werden. Im Juni 2009 hat sich der Kanton Schaffhausen dafür entschieden, bis 2050 auf Atomenergie zu verzichten.

Weitere Informationen:

[http://www.sh.ch/Postulate.885.0.html?&no_cache=1&sword_list\[0\]=motion&sword_list\[1\]=wetter](http://www.sh.ch/Postulate.885.0.html?&no_cache=1&sword_list[0]=motion&sword_list[1]=wetter)

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/schaffhauser_kantonsrat_will_ausstieg_aus_atomenergie_pru_efer_1.2579077.html



B. Städte

Bern

Der Berner Stadtrat hat im Mai 2009 seinen Fahrplan für den Atom-Ausstieg festgelegt. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat Ende Mai 2009 die neue Eignerstrategie für Energie Wasser Bern verabschiedet. Die Eignerstrategie setzt auf Nachhaltigkeit im ökologischen wie ökonomischen Sinn. Der Ausstieg aus der Atomenergie erfolgt bis spätestens 2039 – Die Stadt Bern gehört damit schweizweit zu den schnellsten!

Weitere Informationen: http://www.bern.ch/mediencenter/aktuell_ptk_sta/2009/05/eignerstrategie

Luzern

Die Jungen Grünen Stadt Luzern haben am 6. März 2009 die Volksinitiative «Luzern mit Strom ohne Atom» lanciert. Die Volksinitiative fordert, dass die Stadt Luzern auf das Ziel einer Stromversorgung aus ausschliesslich erneuerbaren Energien und einen Ausstieg aus der Nutzung von Atomstrom im Jahr 2035 hinarbeitet.

Die Stadt Luzern soll für die Umsetzung dieses Ziels unter anderem auch Mittel des bestehenden Energiefonds nutzen. Der Energiefonds fördert zu diesem Zweck insbesondere Energieeffizienz, begünstigt erneuerbare Energien und sensibilisiert die Bevölkerung. Die Stadt Luzern speist den Energiefonds in einem diesem Zweck genügenden Ausmass.

Bis am 5. August 2009 sind nach Angaben des Initiativkomitees 953 Unterschriften zusammengekommen (800 sind für das Zustandekommen der Initiative nötig).

Weitere Informationen: <http://www.jungegrueneluzern.ch/m/weiteres/aktuell/politradar/article/luzern-mit-strom-ohne-atom/>

Schaffhausen

Am 2. Juni 2009 hat das Schaffhauser Stadtparlament die Motion «Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040» von Urs Tanner (SP) wie folgt abgeändert und für erheblich erklärt: «Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zum Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2050 vorzulegen.» Dieser Grundsatz sei unter gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in der Stadtverfassung zu verankern.

Weitere Informationen:

<http://www.stadt-schaffhausen.ch/>

Zürich

Die Städtzürcher Stimmberechtigten haben Ende November 2008 mit 76,4 Prozent Ja-Stimmen-Anteil einem mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie zugestimmt. Gleichzeitig befürworten sie eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs sowie eine beträchtliche Senkung der CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2050.

Weitere Informationen:

http://www.stadt-zuerich.ch/content/ewz/de/index/ewz/strategie_politik/stromzukunft.html